

Wolfgang Schmale

„Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition?

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.934>

Reprint von:

Wolfgang Schmale, „Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition, in: Europa im Ostblock. Vorstellung und Diskurse (1945-1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-1991), herausgegeben von José María Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel und Christian Domitz, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 44), S. 23-35

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Wolfgang Schmale (2008), „Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition?, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.934>

Ursprünglich erschienen als: Wolfgang Schmale, „Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition?, in: Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse (1945-1991)/Europe in the Eastern Bloc. Imaginations and Discourses (1945-1991), herausgegeben von José María Faraldo, Paulina Gulinska-Jurgiel und Christian Domitz, Böhlau Köln, 2008 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 44), S. 23-35

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 44

José M. Faraldo
Paulina Gulińska-Jurriel
Christian Domnitz (Hg.)

Europa im Ostblock

Vorstellungen und Diskurse (1945–1991)

Europe in the Eastern Bloc

Imaginations and Discourses (1945–1991)



2008

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der VolkswagenStiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 15333 (HBB) ~~ZZF~~

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Tvorba. Týdeník pro kulturu a politiku. Nr. 20/1957, 16. Května, Ročník XXII,
Zeichnung: J. Pop

© 2008 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-412-20029-9

Inhaltsverzeichnis

Danksagung 9

Einleitung/Introduction

JOSÉ M. FARALDO

Europavorstellungen im Ostblock.

Zwischen Aneignung und Ablehnung..... 11

Zugänge/Approaches

WOLFGANG SCHMALE

„Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition? 23

HAGEN SCHULZ-FORBERG

The European Public Sphere and the Transnational History

of the Notion of Europe after 1945 37

CHRISTIAN DOMNITZ

Europäische Vorstellungswelten im Ostblock: Eine Topologie von
Europannarrationen im Staatssozialismus 61

JAN KIENIEWICZ

The Eastern Frontier and the Borderland of Europe 83

Stalinismus/Stalinismen

JOSÉ M. FARALDO

Die Hüterin der europäischen Zivilisation. Kommunistische Europa-
Konzeptionen am Vorabend des Kalten Krieges (1944–1948)..... 91

CARLOS REIJNEN

For a True Europe and a New Patriotism. Europe and the West from
a Czech Stalinist Perspective 111

JAN C. BEHRENDIS

Völkerfreundschaft und Amerikafeindschaft. Ilja Ehrenburgs
Publizistik und das Europabild des Stalinismus..... 125

TETJANA DZJADEVYČ

Der ukrainische sozialistische Realismus und der Europa-Diskurs.
Die Nachkriegswerke von Oles' Hončar (1946–1948)..... 145

Bilder/Images

JANA WÜSTENHAGEN

Europabilder in der DDR 1949–1989:
Zwischen Visionen und Realpolitik..... 165

JORDANKA TELBIZOVA-SACK

Die Balkan-Muslime und Europa..... 189

DRAGOȘ PETRESCU

Conflicting Perceptions of (Western) Europe: The Case of Communist Romania, 1958–1989 199

JOANNA BAR

From Communism to Democracy: the Concept of Europe in Cracow's Press in the Years 1975–1995 221

Dissens/Dissent

CRISTINA PETRESCU

Eastern Europe, Central Europe or Europe? A Comparative Analysis of Central European Dissent and Romanian „Resistance through Culture“ 231

DENNIS DIERKS

Europa als Bezugspunkt? Einige Überlegungen zur kulturellen Selbstverortung bosnisch-muslimischer Exilanten 1945–1990..... 251

FRIEDERIKE KIND-KOVÁCS

An „Other Europe“ through Literature: Recreating a European literary „Kontinent“ in the light of the Helsinki Final Act..... 267

Exil/Exiles

THOMAS LANE

East European Exiles and their Interpretations of the Meaning of Europe 301

JÓZEF ŁAPTOS

Visionen des gemeinsamen Europas. Die ostmitteleuropäische
Emigration zu Beginn des Kalten Krieges 317

PAULINA GULIŃSKA-JURGIEL

Geopolitik in der Emigration. Die Denkaufgabe ‚Europa‘ in der
Publizistik von Juliusz Mieroszewski 341

KATARZYNA STOKŁOSA

Der polnische Emigrant in Großbritannien: Rowmund Piłsudski und
seine Konzeption eines vereinten Europas..... 361

VLADIMÍR GONĚC

Hubert Ripka und das Europadenken im Exil in den fünfziger Jahren..... 371

Autorenverzeichnis 389

Abkürzungsverzeichnis 395

Literatur (Auswahl) 397

Personenregister 403

WOLFGANG SCHMALE

„Osteuropa“: Zwischen Ende und Neudefinition?¹

Eiserne Vorhänge

Die Europäische Union hat einen neuen Eisernen Vorhang. So brachten manche Zeitungen die Zustände in der spanischen Exklave Melilla an der nordafrikanischen Küste sinngemäß auf den Punkt. Fotos wurden abgedruckt, die einen hohen Zaun, oben mit Stacheldraht umwickelt zeigten, in dem sich Kleidungsstücke verfangen hatten. Menschen waren an diesem Zaun zu Tode gekommen – durch Schüsse der spanischen Polizei, also durch Schüsse der Staatsgewalt. Die Übertragung des Bildes oder der Metapher vom Eisernen Vorhang auf die südwestliche Außengrenze der EU an Nordafrikas Küste drängte sich vermutlich nicht nur den Medien auf.

Wird mit der geographischen Neubesetzung des Bildes vom „Eisernen Vorhang“ die Wahrnehmung Osteuropas als fortdauernder Kohärenz oder Geschichtsregion beendet? Ist Maria Todorovas in der Europäischen Rundschau (2005/3) formulierter Appell: „Man soll Osteuropa nicht einfach als territoriale Subregion Europas identifizieren“, gar nicht mehr nötig?

Bis vor kurzem wirkte das alte Bild vom Eisernen Vorhang, im Sinne der ehemaligen befestigten politischen Grenze zwischen West- und Osteuropa, fort: Am 1. Mai 2004 traten zehn Länder der Europäischen Union bei; acht davon sind Ostmitteleuropa zuzurechnen (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn). Der Beitritt wurde als historischer Augenblick und teilweise als „Rückkehr nach Europa“ bezeichnet. Rund sechs Wochen später fanden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die acht ostmitteleuropäischen Beitrittsländer zeichneten sich mit Ausnahme Litauens (46,1%) durch eine deutlich unter dem EU-Durchschnitt (45,5%) liegende Wahlbeteiligung aus. In der Tschechischen Republik, Slowenien, Estland, Polen und der Slowakei lag sie sogar unter 30%, in der Slowakei gar nur bei 16,5%, in Lettland hingegen mit 41,2% noch

1 Der vorliegende Beitrag entspricht dem Eröffnungsvortrag der Tagung, die dieser Sammelband dokumentiert, und behält den Essaycharakter des Vortrages bei. Er wurde stilistisch überarbeitet. Dem ZZf Potsdam danke ich für die Möglichkeit, als Gastwissenschaftler im November 2005 dort arbeiten zu können. Ich hoffe, dass dies der Stringenz der Argumentation zugute gekommen ist!

näher am EU-Durchschnitt. Die beiden anderen nicht ostmitteleuropäischen neuen Mitglieder Malta und Zypern gehörten mit 82,4% bzw. 70,4% Wahlbeteiligung zur Spitzengruppe.

Die in absoluten Zahlen gemessen besonders niedrige Wahlbeteiligung bei den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern löste eine Welle besorgter Kommentare aus. Thomas Fuller und Katrin Bennhold brachten es in einem Wahlberichtsartikel auf der ersten Seite in der International Herald Tribune vom Montag, 14. Juni 2004, dem Tag nach der Wahl, aus amerikanischer Sicht auf den folgenden Punkt: „A decade and a half after the fall of the Berlin Wall, voting patterns showed an electoral iron curtain splitting the Union in half, with startlingly low turnout in the east and slightly higher turnout than expected in the west.“ Auf den ersten Blick scheint die Diagnose der International Herald Tribune die Sache tatsächlich auf den Punkt zu bringen: der „Eiserne Vorhang“ scheint nach wie vor politische Verhaltensweisen zu bestimmen; er ist zwar physisch bis auf einige Gedenkstätten, Museumsstücke und ökologisch bemerkenswerte ehemalige Grenz-Landstreifen verschwunden, aber mental scheint er ein hartnäckiges Nachleben zu haben.

Bei genauerem Hinsehen passt das Bild vom „electoral iron curtain splitting the Union in half“ sicher nicht. Es lassen sich in der EU der Fünfundzwanzig, ausgehend vom jeweiligen Beitrittsjahr, verschiedene „integrationsgeschichtliche“ Ländergruppen bilden und hinsichtlich der Wahlbeteiligung betrachten: Der Wahlbeteiligungsdurchschnitt der Gruppe der sechs Gründungsmitglieder beträgt 56,6% (Gruppe 1), der der EU-Fünfzehn 52,9% (Gruppe 2) und der der acht ostmitteleuropäischen Mitglieder 30,8% (Gruppe 4). Fasst man die 1995 beigetretenen Länder Finnland, Österreich und Schweden zusammen (Gruppe 3), so beträgt deren durchschnittliche Wahlbeteiligung 40%.

Was besagen diese Zahlen? Bei insgesamt eher niedriger Wahlbeteiligung liegt die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei einer Ordnung nach integrationsgeschichtlichen Gruppen bei der ältesten Gruppe (Gruppe 1) am höchsten, bei der jüngsten (Gruppe 4) am niedrigsten; bei der zweitältesten (Gruppe 2) am zweithöchsten, bei der zweitjüngsten (Gruppe 3) am zweitniedrigsten. Die Dauer der Zugehörigkeit zur EU beeinflusst direkt die Wahlbeteiligungsquote: Je länger dabei, desto höher im Prinzip die Wahlbeteiligung. Je kürzer dabei, desto geringer die Wahlbeteiligung. Erklären lässt sich das damit, dass

- mit zunehmender Dauer der Mitgliedschaft die Möglichkeiten einer Identifizierung mit der EU steigen
- die Vorteile der Mitgliedschaft besser eingeschätzt und gewürdigt werden können
- die unmittelbare Relevanz der EU für jeden selbst relativ offenkundig ist, da sie seit Jahren alltäglich erfahren wird
- die Bedeutung des EU-Parlaments, um das es ging und das in der Wahrnehmung im Schatten der Kommission und des Europäischen Rats steht, etwas besser ermesen wird
- dass eine Gewöhnung an negativ besetzte Bilder wie „Eurokratie“ und Gipfelhickhack diese in ihrer abschreckenden Wirkung abschwächt.

Wenn die acht ostmitteleuropäischen Beitrittsländer eine relativ geringe durchschnittliche Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten, würde dies somit ganz unspektakulär nur den Umstand reflektieren, dass sie in der EU neu sind und bisher kaum Identifikationsmöglichkeiten analog zu den älteren Mitgliedern hatten.

Der „Eiserne Vorhang“ hat zwar historisch etwas mit dem „späten“ Zeitpunkt des Beitritts zu tun, aber die Wahlbeteiligung spiegelt dennoch nicht das Fortbestehen eines Länderblocks aus der Zeit des „Eisernen Vorhangs“ wider. Dafür sind auch die nationalen Wahlbeteiligungsquoten zu unterschiedlich, die bei den acht ostmitteleuropäischen Beitrittsländern von 16,5% in der Slowakei bis zu 46,1% in Litauen reichten.

Das Bild vom „electoral iron curtain“ war ein sehr starkes Bild. So unmissverständlich wie von Thomas Fuller und Katrin Bennhold wurde es in *europäischen* Medien nicht eingesetzt, aber implizit schwang es in vielen Analysen mit. „Eiserner Vorhang“ ist dabei ein emblematischer Ausdruck, der alle aufgrund der politischen Teilung Europas entstandenen Unterschiede diesseits und jenseits der „Eiserner Vorhang“ genannten Grenze in sich bündelt und deren vermeintliches Fortleben bis heute als angebliche historische Tatsache ausdrückt.

Osteuropa auf der geistigen Landkarte Europas

Das Bild vom Eisernen Vorhang betrifft nicht nur Ostmitteleuropa, sondern ganz Osteuropa. „Osteuropa“ wie die anderen teilregionalen Bezeichnungen ist als „geistige Landkarte“ (mental map) bzw. als Teil der geistigen Landkarten Europas zu verstehen, die es im Lauf der Jahrhunderte gegeben hat. Geistige Landkarten sind Resultate von Kommunikations- und kollektiven Konstruktionsprozessen, über die Kultur oder Kulturen im Raum radiziert wird bzw. werden.

Die Teil- oder Subregionen Europas ausweisende geistige Landkarte beruht auf der Annahme, auf der Wahrnehmung, auf der Erfahrung oder auf der Konstruktion deutlich von einander zu unterscheidender Kohärenzen. Westeuropa, Osteuropa, Ostmitteleuropa, Balkan etc. werden folglich als je eigene Kohärenzen ausgewiesen, die vor allem im Licht vermeintlicher faktischer historischer kultureller Grenzziehungen analysiert werden.

Es existiert geradezu ein Kanon dieser Grenzziehungen zwischen Ost und West, der kurz zusammengefasst in chronologischer Reihenfolge ungefähr so aussieht:

- eine religiös-zivilisatorische Grenze zwischen den großen Kirchen (orthodoxe und römisch-katholische Kirche)
- die „Hajnal-Linie“, die sich von St. Petersburg bis Triest erstreckt und Europa nach den beiden Hauptheiratsmustern, die bis ins 19. Jahrhundert gültig waren, teilt
- die Linie der Gutsherrschaft, die sich von Rostock bis ebenfalls Triest erstreckt: westlich dieser Linie fanden sich komplexe Grundherrschaftsformen, die ihre Komplexität der dichten Städtelandschaft westlich der Linie verdanken, östlich davon verschiedene Formen der Gutsherrschaft, die sich bis nach Russland erstreckten und die in einem riesigen, im Vergleich zum Westen stadtarmlen Gebiet Herrschaft ganz allgemein grundlegten
- eine lange agrarische Prägung, der eine „verspätete“ Industrialisierung im Osten folgte

- „späte“ Nationalstaatlichkeit, d.h. die Herauslösung aus den „Imperien“ Osmanisches Reich und Habsburgermonarchie erfolgte im Vergleich zu Westeuropa zeitversetzt
- Kommunismus, Stalinismus, Ostblock, kurz „Eiserner Vorhang“.

Bei genauem Hinsehen verlief natürlich keine dieser „Grenzen“ so strikt durch den Raum wie in den Modellen angenommen und vor allem kann man diese Grenzen nicht einfach übereinander legen. Sie entstanden auch nicht gleichzeitig und wirkten nicht alle zur gleichen Zeit. Dass sich solche Wahrnehmungsgewohnheiten und Argumentationsmuster hartnäckig halten, hat freilich seine Gründe, die nicht per se und nicht pauschal vom Tisch gewischt werden können.

Die Bildung des Ostblocks, um nur einen einzigen Grund herauszugreifen, die in vieler Hinsicht auch ein sehr massiver struktureller Eingriff in den europäischen Kommunikationsraum war, machte die Wahrnehmung einer Subregion oder Kohärenz namens Osteuropa unvermeidlich. Maria Todorova schlug kürzlich (Europäische Rundschau 2005/3) vor, die Kategorie Osteuropa nur dort weiter zu verwenden, wo es um ein bestimmtes historisches Vermächtnis geht, in diesem Fall das sozialistische. „Osteuropa ist das sozialistische Erbe“, schreibt sie (ebenda, S. 58). Zuvor weist sie gängige historische Argumente ähnlich der obigen Liste „kanonisierter“ Grenzen, die belegen sollen, dass Osteuropa eine historisch entstandene Teilregion Europas ausmacht, zurück (ebenda, S. 56–57).

Ist nun Osteuropa als eine eigene Kohärenz oder Subregion innerhalb Europas zu betrachten oder nicht? Die vorstellungsweltliche Konstruktion eines geographisch umfassenden Ostens war ein langer Prozess und hing mit der Verfestigung nationalstaatlicher Anschauungen zusammen. Die Konturierung von Westeuropa, Osteuropa sowie Südosteuropa – letzteres als „Balkan“ – verlief keineswegs „glatt“ oder nur in eine Richtung. In der Frühen Neuzeit umfasste das Verständnis von Europa als *Christliche Republik* auch den europäischen Osten, da die Selbstinterpretationen als *antemurale Christianitatis* wie im polnischen Fall oder die analogen christlich fundierten Selbstinterpretationen als Verteidiger des Christentums in Ungarn, der Moldau und Walachei auch im „Westen“ griffen. In Russland manifestierte sich ein ähnliches Selbstverständnis, das allerdings erst im Zuge der Heiligen Allianz, also im frühen 19. Jahrhundert, auf Anerkennung stieß. Die mit der Französischen Revolution populär gewordene Idee von den brüderlichen Nationen sowie dem Recht auf nationale Souveränität und Selbstbestimmung trug den „jungen“, aufständischen, freiheitskämpfenden Nationen wie Griechenland und Polen viel Sympathie und Unterstützung ein. Ähnlich positive Reaktionen erfuhren Rumänien und Bulgarien im Zuge der Gewinnung staatlicher Selbständigkeit im späten 19. Jahrhundert. Die vom Slawenklischee nicht betroffenen Ungarn behaupteten sich in der Bilderwelt Europas gut. Von einer einheitlichen Sicht eines einheitlichen Westens auf einen einheitlichen Osten und eines einheitlichen Ostens auf einen einheitlichen Westen kann noch im 19. Jahrhundert keine Rede sein, auch wenn die gegenseitigen Wahrnehmungen zunehmend asymmetrisch wurden.

Was es im 19. Jahrhundert gab, war eine Gemengelage aus teilweise uralten Stereotypen und Vorurteilen, die aber alle Völker und/oder Nationen Europas betrafen (und im Kern schon auf die Kreuzzugszeiten zurückgingen), aus Panslawismus-Debatte, aus wissenschaftlichen systemisierenden und durchaus auch asymmetrisierenden Betrachtungsweisen sowie aus diversen politischen Interessen, die sich gegen Ende des Jahrhunderts, vorwiegend aber

nach dem Ersten Weltkrieg, mit rassistischen Betrachtungsweisen verbunden. In diese Gemengelage gehören schließlich seit dem Wiener Kongress verschiedene Mitteleuropa-Konzepte, in denen politische Ziele mit historisch-kulturellen Überlegungen verbunden wurden und die als Verbegrifflichung einer kommunikationsräumlichen Kohärenz zu begreifen sind. „Mitteleuropa“ bezeichnete eine europäische Subregion als Kohärenz und brachte eine komplexe mental map auf den Begriff. Metternich verortete „Mitteleuropa“ als ethnisch-nationales Völker- und Staatenbündnis zwischen Russland im Osten, das im Deutschen seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits als „Osteuropa“ bezeichnet werden konnte, und den atlantisch-außereuropäisch orientierten Ländern Westeuropas, die nicht zuletzt durch die „atlantische Revolution“ geprägt waren, d.h. durch den Zusammenhang zwischen der Amerikanischen und Französischen Revolution sowie zwischen diesen beiden zentralen Revolutionen und einer Reihe kleinerer Revolutionen, die sich von Genf über Lüttich, die Österreichischen Niederlande bis nach Irland erstreckten.

Spätere Mitteleuropakonzeptionen rückten von der sehr großzügigen Konzipierung Metternichs, die bei genauer Betrachtung die Habsburgisch regierten Teile Norditaliens ebenso einschloss wie Galizien, ab. In Deutschland entwickelte sich unter dem Einfluss von Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Buch (1915) eine eigenständige Auslegung des Begriffs, die auf eine politisch-ökonomische Dominanz Deutschlands in Mittel- und Ostmitteleuropa zielte. Davon setzten sich die anderen Mitteleuropa- oder Donauraumkonzepte ab, die bis 1918 die Österreichisch-Ungarische Doppel-Monarchie als Kern annahmen, aber ebenfalls politisch-ökonomisch akzentuiert waren. In diesem Kontext drückte sich im Begriff „Mitteleuropa“ mehr ein politisches (Zukunfts-)Programm denn eine existierende Kohärenz aus.

Ob nun aus deutscher oder österreichischer Sicht, Mitteleuropa umfasste immer einen sehr breiten geographischen Raum, für dessen Bestimmung die Metternichsche Annahme dreier politischer „Lager“ in Europa immer bedeutsam blieb: im Westen die Länder aus der Epoche der atlantischen Revolution, deren politische Kultur seitdem einen eigenständigen Charakter aufwies; im Osten Russland als eigene politische Macht mit einer eigenen politischen Kultur, dazwischen Mitteleuropa, das im Lauf des 19. Jahrhunderts zunehmend aus zwei unterschiedlichen Perspektiven gedacht wurde – aus der Perspektive eines deutschen politisch-ökonomisch oder aus der Perspektive eines österreichisch politisch-ökonomisch dominierten Einflussbereichs.

Die mit Wertungen verbundenen Hierarchien, die innerhalb der Habsburgermonarchie herrschten, dürfen nicht unterschätzt werden, aber solange die Monarchie bestand, war der „österreichische Mitteleuropabegriff“ mit der Realität eines Vielvölkerstaates, der sich weit nach Osten und Südosten erstreckte, verhaftet, so dass eine weitere Ausdifferenzierung der Vorstellung von Mitteleuropa in einerseits Mitteleuropa, andererseits Ostmitteleuropa kaum Platz griff.

Nachdem das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung für Europa in den Friedensverhandlungen von Versailles und Saint-Germain umgesetzt und eine Reihe neuer Nationalstaaten gegründet worden war, wurden die älteren Mitteleuropaanschauungen aufgrund der faktischen Lage obsolet bzw. wie im Fall des nationalsozialistischen Deutschlands rassistisch pervertiert. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte zweifellos eine Art europäischen Wirtschaftsraumes bestanden, der recht gut funktionierte. Von diesem Wirtschaftsraum war nicht mehr allzu viel übrig geblieben, und die neuen Nationalstaaten waren nicht nur, aber auch

deshalb mit enormen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. In der Zwischenkriegszeit schälte sich auf der geistigen Landkarte eine regionale Vierteilung Europas heraus: (1) Das westliche (atlantische) Europa, (2) Mitteleuropa, nunmehr nur noch aus Deutschland und Österreich bestehend, die aber keine „mitteleuropäische Einheit“ bildeten, (3) Ostmitteleuropa einschließlich der Balkanstaaten und (4) die Sowjetunion, die von vielen als „uneuropäisch“ klassifiziert wurde.

Zwar besteht kein Zweifel, dass insbesondere in den 1920er Jahren in den nunmehr knapp 30 Nationalstaaten zahlreiche Initiativen in Richtung eines neuen politischen und wirtschaftlichen europäischen Systems unternommen wurden, aber sie blieben letztlich im Sande stecken (Donauföderationskonzept – Initiator Ungarn; französischer Tardieu-Plan; Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion; Plan einer baltischen Föderation – Initiator Polen – oder einer Großsüdslawischen Föderation – Bulgarien mit Jugoslawien). Diese Initiativen versuchten allerdings nicht, bestehende historische Kohärenzen zu beschreiben, sondern strategische Bündnisse auf die Beine zu stellen.

Die wenigsten Gebildeten stellten das Fortbestehen einer europäischen Kultur in Frage, sondern setzten sie weiterhin als gegeben voraus, aus der jedoch die Sowjetunion ausgeschlossen wurde. Der Bolschewismus und damit die Sowjetunion waren, wie z.B. nach Ansicht des Begründers der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, angeblich uneuropäisch. Die Europäizität des seit der Aufklärung als europäisch anerkannten Russlands westlich des Urals wurde nach 1917 in Frage gestellt bzw. aberkannt. Für die ostmitteleuropäischen Staaten lässt sich das nicht in dieser Form sagen. Die europäische, „Moderne“ („Moderne um 1900“) genannte Kohärenz, wirkte in diesen Staaten fort, bis sie durch die massive Gewalt des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges zerstört wurde.

Die Vernichtung der Jüdinnen und Juden ist der Kern dieser Zerstörung, da die jüdische Bevölkerung vom Mittelalter über die Frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert einen essentiellen Anteil an den für Transfer- und Kommunikationsprozesse, die zu Verdichtungen, also Kohärenzen führen, notwendigen kulturellen Mittlergruppen ausgemacht hatten. Das gilt in besonderem Maß für die „Moderne um 1900“. Die jüdische war eine kulturelle Mittlerbevölkerung, deren Auslöschung zusammen mit dem seit Ende des 19. Jahrhunderts wachsenden Antisemitismus überall in Europa, mit den Bedingungen des hitlerschen Europas und dem Verlust der zweiten großen, nämlich deutschen, Mittlergruppe erst Osteuropa zu einer vom Westen getrennten Kohärenz transformierte, die durch den Stalinismus und die Zwangsverblockung strukturiert wurde.

Die deutschen Mittlergruppen hatten sich zunehmend schon vor und umso mehr nach dem Ersten Weltkrieg aus der historischen Position einer kulturellen Mittlerbevölkerung, die sie bis ins 18. und 19. Jahrhundert vielfach eingenommen hatten, aus nationalistischen und später rassistischen Gründen entfernt. Die Vertreibungen aus Ostmitteleuropa am Ende des Krieges beschleunigten diesen Prozess, die verbliebenen Gruppen wollten und konnten z.T. nicht, z.T. durften sie nicht die Rolle kultureller Mittler wieder aufnehmen.

Durch die Ost-West-Konfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg wurde jene Vierer-Konstellation der Zwischenkriegszeit verdeckt: Die Bundesrepublik Deutschland entschied sich für die Westintegration und wurde infolgedessen auch in die geistige Landkarte „Westeuropa“ versetzt, während Ostdeutschland, die DDR, in die Ostblock- bzw. Osteuropakarte verschoben wurde. Im Prinzip galt die Westverortung trotz einiger Besonderheiten auch für

Österreich; die Besonderheiten, wie die Neutralität, resultierten aus dem Staatsvertrag (1955), aber auch aus der historischen Stellung und geographischen Lage des Landes, das an drei sozialistische Länder (Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien) grenzte, die vor 1918 ganz oder teilweise zur Habsburgermonarchie gehört hatten. Daraus resultierten – in engen Grenzen, aber doch! – kulturelle und politische Mittlerfunktionen für Österreich. Ostmitteleuropa hingegen wurde vorstellungsweltlich Osteuropa zugeschlagen.

In Ostmitteleuropa selbst wuchs in dieser Zeit – vor allem bei den Dissidenten – das Interesse an der Frage nach einer historisch fundierten ostmitteleuropäischen Identität, auf die sich ein „Dritter Weg“ zwischen Sowjetunion im Osten und dem „Westen“ hätte gründen lassen. Daraus entstand eine Debatte, die zwischen 1980 und 1985 besonders intensiv geführt wurde, und zwar in Ost wie West, nachdem Milan Kundera Ostmitteleuropa als „occident kidnappé“ bezeichnet hatte.

War der Ostblock ein „Block“?

Die Schließung und Abdichtung der Grenzen zwischen West- und Osteuropa einschließlich des ehemaligen Jugoslawiens war nie ein „augenblickliches“ und nie ein einheitliches Phänomen gewesen. Es handelte sich um einen uneinheitlichen Prozess. Es gab anfangs physische Durchlässigkeiten, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland, bis die Mauer gebaut und der Grenzzaun gezogen wurde. Es gab kommunikative Durchlässigkeiten, die sich seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verstärkten und im Zuge des KSZE-Prozesses in den 1970er Jahren intensiviert wurden. Es gab von Anfang an aufgrund familiärer Bindungen gewisse Durchlässigkeiten in beide Richtungen, die zwar stark gehemmt wurden, aber dennoch da waren und von den Menschen mit Leben erfüllt wurden. Die abschottende Wirkung der Grenze zwischen West und Ost soll nicht minimiert werden; eine solche Grenze hatte in der europäischen Geschichte kaum ein Vorbild. Aber vor der langen Dauer der europäischen Geschichte nimmt sie sich als vorübergehendes Phänomen aus, das sich nicht gegen die Macht von Generationen als historischen Erfahrungsgemeinschaften durchsetzen konnte. Selbst diejenigen, die nach 1940 geboren wurden und zum Zeitpunkt der Grenzöffnungen rund 45 oder 50 Jahre alt waren, das heißt ihre Sozialisation ganz oder beinahe ganz im Zeichen der relativ dichten Grenze erfahren hatten, waren fähig, sich auf das Neue ohne die Grenze einzustellen. Nicht alle, aber signifikant viele. Die älteren hatten noch ein anderes Europa gekannt und waren um 1989/90 noch begeisterungsfähig genug, um an ihre inzwischen manchmal nostalgisch gewordenen Erinnerungen an das Vorkriegseuropa anzuknüpfen. Inzwischen waren auch Generationen nachgewachsen, die 1968 – nehmen wir den „Prager Frühling“ als Emblem der Öffnungen – aktiv miterlebt hatten, in den Bürgerrechtsbewegungen der Ostblockstaaten tätig gewesen waren und 1989/90 als die historische Chance ergriffen, das längst gründlich Durchdachte, die Demokratie, umzusetzen. Das Ineingreifen dieser Generationen mit je spezifischen gemeinsamen historischen Erfahrungen verhinderte, dass der „Eiserne Vorhang“ komplett die Wirkung entfaltete, die er theoretisch hätte haben sollen und bei längerem Bestehen vielleicht erzielt hätte. Ist es richtig, so muss die Frage lauten, den Ostblock als „Kohärenz“ im oben definierten Sinne zu verstehen?

Natürlich darf man die Folgen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in Ost und West nicht übersehen, und die Gestaltung der Gesellschaften nach sozialistischen bzw. marktwirtschaftlichen Prinzipien zeitigt bis heute deutlich spürbare Unterschiede zwischen den Gesellschaften. Doch wie weit oder wie tief reichten die systembedingten Unterschiede? Wie stark berührten oder veränderten sie die Wertesysteme? Wie nachhaltig wurden Wertesysteme eventuell verändert? Im westlichen Europa waren die internationalen Organisationen, die sukzessive aus dem Marshall-Plan, aus dem Brüsseler Pakt und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hervorgingen, ausdrücklich wertorientiert. Für die EFTA (European Free Trade Association) galt das weniger deutlich. Der Europarat gehörte zu den ersten europäischen wertorientierten Organisationen und reichte über Westeuropa hinaus. Die Umgestaltung der EWG in die EG und schließlich die EU war inhaltlich betont wertorientiert. Den Kern der Wertorientierung machten Demokratie und Menschenrechte aus. Sehr verkürzt ausgedrückt vollzog sich in Westeuropa im Rahmen der erwähnten und weiterer europäischer bzw. internationaler Institutionen und Organisationen strukturell gesehen eine normative, institutionelle und systemische, inhaltlich gesehen eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration, die von einer Politik der Integration von transnationalen gemeinsamen Grundwerten unterstützt wurde.

Wie entwickelten sich die Dinge auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs? Formal gesehen gab es ähnlich erscheinende Ansätze wie den Warschauer Pakt und den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der auf seiner 25. Tagung im Juli 1971 in Bukarest das „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ beschloss. Dennoch kam es im „Ostblock“ nie zu einer der westeuropäischen vergleichbaren Integrationspolitik, und zwar weder unter strukturellen noch unter inhaltlichen Gesichtspunkten. Auch die Initiativen der Sowjetunion seit Mitte der 1950er Jahre hinsichtlich einer kollektiven europäischen Sicherheitsarchitektur erlangten nie eine ausreichende inhaltliche und strukturelle Kohärenz, um im Sinne der Formulierung eines wertorientierten Leitzieles eine integrative Wirkung innerhalb des Warschauer Pakts, geschweige denn darüber hinaus, entfalten zu können.

Ohne an dieser Stelle in Details einzutauchen kann festgehalten werden, dass die gängige Bezeichnung „Ostblock“ – die Betonung liegt auf *Block* – eine systemische und kommunikative Einheitlichkeit in Ostmittel- und Osteuropa suggeriert, die sich so nur schwer belegen lässt. Die Grenzen zwischen den sozialistischen Ländern waren phasenweise fast so dicht wie nach Westen, und die Länder hielten an ihren nationalen, nicht-sozialistischen Geschichtsmymen beharrlich fest. Gemeineuropäische Wertefundamente waren keineswegs lückenlos hinweggeräumt. Das sozialistische Wertesystem unterschied sich – so paradox das klingen mag – im Grunde zu wenig vom westlichen, weil es z.T. dieselben historischen Wurzeln besaß oder dieselben Ziele wie wirtschaftlichen Wohlstand verfolgte. Die faktischen Unterdrückungssysteme wurden nur von bestimmten Sozialgruppen, die gesellschaftlich eine Minderheit darstellten, aktiv und positiv begründet und am Leben erhalten.

Deshalb konnte der Weg nach 1989 in den jetzt der EU beigetretenen Staaten in eine demokratische Verfassung relativ rasch bewältigt werden. Dieser Weg geschah parallel zu dem schnell entwickelten Wunsch, in die EG bzw. EU einzutreten, dessen Realisierung von der EU materiell und ideell mitbetrieben wurde. Wären die Vorstellungen von erstrebens-

werten Werten essentiell anders gewesen, wäre dies nicht möglich gewesen. Im Übrigen scheint mir festzustehen, dass der nach 1989 in Gang gesetzte EG- bzw. EU-Integrationsprozess bezüglich Ost(mittel)europa im Grunde genommen mit dem KSZE-Prozess schon einsetzte. Nicht nur aus der Rückschau ist ersichtlich, wie dicht die Kommunikationsnetze geknüpft wurden, und zwar sowohl auf der politischen, staatlich-institutionellen wie zivilgesellschaftlichen Ebene. Die Kommunikation auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, vertreten etwa durch Charta 77 hier und diverse NGO's auf der westlichen Seite, war in Ost(mittel)europa starken Repressionen ausgesetzt, aber das transnationale kommunikative Aushandeln von Wertorientierungen auf verschiedenen Ebenen, das die KSZE bedeutete und ermöglichte, war weder zu verhindern noch rückgängig zu machen.

Aspekte einer neuen Ost-West-Grenze nach 1989

Dennoch ist die Liste der Argumente, die das Fortbestehen einer Art Zivilisationsgrenze auch nach 1989 belegen sollen, lang. Die gängigen Bezeichnungen der Länder als „postsozialistisch“, als „Reformstaaten“, als „Transformationsstaaten“ oder „Posttransformationsstaaten“ resümieren alle entsprechenden Argumente und ziehen eine deutliche Grenze zwischen West- und Ost- bzw. Ostmitteleuropa.

Möglicherweise müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass die nach 1989 eingetretenen Tendenzen, sich gegenseitig abzugrenzen, viel schwerwiegender sind, als die vorherigen. Die „Blicke in den Osten“ und die „Blicke aus dem Osten“ waren auf Seiten der Bevölkerungen, also jenseits der machtpolitischen Sphäre, stark emotionsgeladen gewesen. Die Emotionen banden die Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs relativ eng zusammen. Dies hatte viel mit den familiären Bindungen zu tun, im Westen mit karitativen Einstellungen, die gefördert wurden, von deutscher Seite auch mit zivilgesellschaftlichen Strategien der Wiedergutmachung, die mit karitativen Einstellungen und Emotionen, die aus der Einschätzung der Lage der in Ostmitteleuropa und Russland verbliebenen deutschen Minderheiten entsprangen, vermischt waren. Das immense Engagement der deutschen Zivilgesellschaft für Polen in der Zeit der Gewerkschaft *Solidarność* weist bei genauer Betrachtung alle diese Elemente auf.

Umgekehrt war der Blick auf den Westen als Konsumparadies, wo ohne Schlangestehen alles im Überfluss zu haben war, emotionell höchst aufgeladen. Die im Westen herrschende Bewegungs- und Reisefreiheit löste entsprechende Sehnsüchte aus, die unmittelbar nach den Wenden von 1989 so gut es ging befriedigt wurden. Der schnaufende Trabi auf Alpenpässen wurde zur Ikone der entstauten Emotionen und der beherzten Befriedigung der Sehnsüchte.

Den stärksten emotionalen Fokus allerdings bildeten die Grenzüberwindungen des Jahres 1989. Was 1989/90 oft als „Rückkehr nach Europa“ titulierte wurde, war in erster Linie eine Vereinigung der Emotionen. Es begann mit den dramatischen Bildern von der deutschen Botschaft in Prag. Menschen, die außer sich selbst und ihren Kleidern nichts bei sich hatten, überkletterten Mauer und Gitter der Botschaft, verbrachten unter notgedrungen dramatischen Umständen eine scheinbar nicht enden wollende Zeit des Bangens und Wartens bis zur erlösenden Botschaft, die die Freiheit brachte. Es folgten Monate ungeheuer starker,

emotionaler Bilder von den Öffnungen der in Beton gegossenen oder in Stahl-Stacheldraht geschmiedeten Grenzen zwischen West- und Osteuropa, von Menschenmengen, die mit ihren Füßen den Pfad der Freiheit durch die Blutäcker des Eisernen Vorhangs von Ost nach West austraten.

Den Beteiligten sind diese Bilder nach wie vor präsent, aber die Emotionalität hat sich längst gelegt. Längst auch ist eine neue Generation herangewachsen, die damals nicht dabei war, schließlich ist „alles“ fünfzehn Jahre her. Auf die Hausse der Emotionen, die das auf der Ebene der Bevölkerungen durchaus emotionale Verhältnis vor 1989 beinahe logisch abschloss, folgte die Baisse der Ernüchterung. Die Baisse der Ängste – aber ungleicher Ängste. Der Westen ängstigte sich vor den Migrationen, denn manche Prognosen sprachen von über 25 Millionen zu erwartender Arbeitsmigranten oder Übersiedlern, in Ostmitteleuropa griff Zukunftsungewissheit und Schock um sich. Die unmittelbarsten Folgen waren nämlich, abgesehen von der anfangs erwünschten Präsenz westlicher Konsumwaren, die rasch steigende Inflation, wenn nicht Hyperflation (Bulgarien 1991: 480%), die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Frauen, der Zusammenbruch ganzer Industrieregionen, der Zugriff der Mitglieder der ehemaligen, ohnehin privilegierten Nomenklatura auf Wirtschaftsbetriebe und Grundbesitz im Zuge der Privatisierungen, die mit dem Zerfall (nach August 1991) der Sowjetunion kritisch werdende Sicherheitslage, das Offenbarwerden bisher vertuschter bedrohlicher Umweltschädigungen und weiteres dieser Art mehr.

Es macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob ich über jene Grenze Blicke werfe, die mich vom „Paradies“ trennt, oder ob diese Grenze gefallen ist und ich nun sehe, dass, erstens, am Paradieseingang kein Engel steht, der mich freudig lächelnd heran- und hineinwinkt und, zweitens, der Weg dorthin durch ein Sumpfgebiet führt, das niemand erforscht hat bzw. wo nur Prognosen und Strategiepapiere als Handlauf ohne Brettersteg zur Verfügung stehen.

Es handelte sich somit auf beiden Seiten seit spätestens 1991 um einen mentalitätsgeschichtlichen Paradigmenwechsel von der positiven Emotion zur negativen Emotion, vom scheinbar relativ stabilen Rahmen der Blockbildung zur Strukturlosigkeit einer ungewiss gewordenen Zukunft.

In der Zwischenzeit haben sich in den ehemals sozialistischen Staaten im Zuge der Transformation neue Probleme ergeben, die nurmehr indirekt als Folge des Sozialismus zu interpretieren sind. Im Lauf der Transformationsprozesse entstanden neue Verhältnisse, das heißt Verhältnisse mit einer eigenen, sehr jungen Geschichte, die so nur in Ost(mittel)europa bzw. den ehemals sozialistischen Staaten auftritt, weil sie sich beispielsweise gegen faktische gesellschaftliche Veränderungen, die in der sozialistischen Zeit erfolgt waren, wendet. Einige Aspekte: In allen sozialistischen Ländern wurde der Status der Arbeiterin und des Arbeiters hoch angesetzt und durch adäquate politische und propagandistische Maßnahmen interiorisiert. Der Held/die Heldin der Arbeit verweisen auf ein System, das subtil Ideologie, Propaganda, sympathische individuelle Ausstrahlung, Belohnungs- und Anreizmechanismen mit einander verband. Analoges gilt für die weibliche Berufstätigkeit, die durch ein Ganztagskinderbetreuungssystem flankiert wurde. Es gab diesbezüglich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern, aber im Kern lagen hier deutliche und faktische, nicht nur ideologisch bestehende, Unterscheidungsmerkmale zwischen osteuropäischen und westeuropäi-

schen Gesellschaften (die skandinavischen Gesellschaften sind an dieser Stelle vom Vergleich ausgenommen). Die Transformationsprozesse haben diese Verhältnisse weitgehend annulliert – mit allen sozialen, familiären und psychischen Folgen, die das haben musste, während im Westen zwar ein tiefgreifender Wandel, aber keine Annullierung von was auch immer in äußerst kurzer Zeit stattfand oder stattfindet.

Es gibt weitere Unterschiede, die sich im Vergleich der alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten zeigen, wenn auf das Nationalprodukt, das Pro-Kopf-Einkommen, die Produktivität, die Arbeitslosenraten usw. geschaut wird. Schon weniger deutlich – und weniger überzeugend, muss hinzugefügt werden –, sind Argumente, die sich auf die politische Kultur beziehen: Es wird auf die teilweise zentrale Rolle von Ex-Kommunisten oder Ex-Sozialisten verwiesen, auf rechtsradikale und offen antisemitische Tendenzen, auf die zumeist hohe Bedeutung eines manchmal aus westlicher Sicht anachronistisch wirkenden Nationalbewusstseins, auf die Instabilität von Regierungsmehrheiten etc. Hier sind bei genauer Betrachtung die Unterschiede zum „Westen“ freilich schon deutlich geringer als in Bezug auf die ökonomischen Parameter.

Zivilgesellschaft und Erinnerungskulturen

In Polen, in der Tschechischen Republik, in Ungarn und in Slowenien haben wir es mit recht stabilen Zivilgesellschaften zu tun, deren kräftigste Wurzeln auf jeden Fall in die 1970er bzw. 1980er Jahre zurückreichen. Die Tatsache, dass das in Ungarn am 5. Dezember 2004 durchgeführte Referendum über die Frage, ob die in den Nachbarstaaten lebenden Ursprungungarn die doppelte, das heißt, auch die ungarische Staatsbürgerschaft, erhalten sollen, an einer zu geringen Beteiligung der abstimmungsberechtigten Bevölkerung gescheitert ist, spricht für diese Stabilität.

Der Befund zivilgesellschaftlicher Stabilität kann auf die baltischen Staaten ausgeweitet werden, aber diese haben sich mit zwei Problemen auseinandersetzen, die sich in Polen, in der Tschechischen Republik sowie in Ungarn und Slowenien nicht (mehr) in derselben Weise stellen. Gemeint sind die starken russischen Minderheiten und die ungeklärte Haltung zu Kollaboration und Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg. Es gibt in Europa kein Land, das nicht auch Minderheitenbevölkerungen umfasst, aber die Präsenz russischer Minderheiten hat politisch inzwischen eine weit größere Bedeutung als beispielsweise die Präsenz deutscher Minderheiten in Polen und Ungarn.

Es existiert ein Bereich, in dem sich eine neuerliche Ost-West-Teilung festsetzen könnte, der der Erinnerungskultur. Stefan Troebst hat sich hiermit u.a. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung befasst (4. Juli 2005). Besonderer Aufmerksamkeit bedarf die Frage, wie mit staatlichem und gesellschaftlichem Unrecht im 20. Jahrhundert umgegangen wird. Die Struktur der mentalen Erfahrungsräume einerseits in West- andererseits in Ostmitteleuropa ist ungleich: In Westeuropa bezieht sich die für eine Vielzahl der Staaten relevante historisch-politische und bisweilen noch strafrechtliche Auseinandersetzung mit Tätern auf den Nationalsozialismus und den Faschismus sowie die Kollaboration, und infolge der Verbrechen auf Entschädigungen bzw. im besonderen Fall Deutschlands und Österreichs auf die

Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen und die Rückgabe widerrechtlich enteigneten Eigentums („arisieren Eigentums“) an Jüdinnen und Juden. Z.T. geht es auch um die Aufarbeitung der Aufarbeitung, die im Übrigen durchaus unterschiedliche Gedächtnislandschaften auf der Folie der Nationalstaaten zeitigt. Allzu einfache Klischees, die hier nur Opfer, dort nur Täter kannten, wurden, trotz gelegentlicher Wiederbelebungsversuche, durch differenzierte Betrachtungsweisen ersetzt. Dazu kommen vor allem national relevante Situationen der Aufarbeitung, denen gelegentlich auch eine transnationale Dimension eignet: Franco und die Falange sowie der Bürgerkrieg 1936–39 in Spanien; das Vichy-Regime und der Algerienkrieg in Frankreich, das Salazar-Regime in Portugal und das Ende des portugiesischen Kolonialismus, etwas allgemeiner das Ende des kolonialen Zeitalters für das atlantische Europa. Hier spielte, mit einem Höhepunkt um 1992 (500 Jahre Kolumbus) die allgemeineuropäische Auseinandersetzung um europäische Schuld im Zuge der europäischen Expansion und um postkoloniale Versäumnisse hinein.

Polen, die Tschechische Republik und Ungarn haben ungeachtet der großen Schwierigkeiten begonnen, sich mit der Problematik von Kollaboration und Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg sowie von Unrecht und Gewalt seit 1945 auseinanderzusetzen und eine Reihe politischer Gesten zu setzen. Diese Länder und ihre Bevölkerungen sind folglich in die europäisch vernetzte Arbeit am historischen Gedächtnis Europas eingestiegen. Von den baltischen Ländern kann das bisher nicht gesagt werden. Die Tatsache, dass sich viele Menschen durch ihre Tätigkeit als Spitzel oder Gehilfen der Sicherheitsorgane kompromittiert haben, wird zwar nicht durchgängig, aber vielfach verdrängt.

In Ostmitteleuropa, in Südosteuropa und in Osteuropa ist die Auseinandersetzung mit staatlichem Unrecht, staatlicher ungesetzlicher Gewalt, mit staatlichen Verbrechen für alle Staaten gleichzeitig relevant. In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien sind die Kriegsverbrechen der 1990er Jahre aufzuarbeiten, was jedoch nur von bestimmten politischen Richtungen akzeptiert, von den Nationalisten wie in Serbien jedoch verweigert wird.

Historisch-politische Aufarbeitungen gehören zur Formierung historischer Gedächtnisse, und diese sind langlebig. Wenn die historische Aufarbeitung nicht gemeinsam geschieht, werden sich neue Gedächtnislandschaften ausbilden, die nicht miteinander vernetzt sind.

Im Gegenzug lässt sich feststellen, dass sich neue Mittlergruppen herausbilden. Die Generation der Bürgerrechtler/innen hatte seit den 1970er Jahren über 1989 ff. hinaus eine Brücke dargestellt, nun tritt sie immer mehr in den Hintergrund; neue Mittlergruppen entstehen im Kontext der EU, ihrer Institutionen und strukturbildenden Maßnahmen wie etwa den Programmen Sokrates, da Vinci, Minerva usw.; zu verweisen ist auf Frauennetzwerke, auf die wissenschaftlichen Netzwerke, auf die Vernetzungen innerhalb der großen politischen Partei-Formationen Europas etc. Diese Mittlergruppen werden letztlich auch die Vernetzung der Erinnerungskulturen bewerkstelligen können.

„Osteuropa“ neu definieren

Wie steht es nun um Osteuropa? 1917 als Jahr der Oktoberrevolution symbolisiert den Beginn der Aberkennung der Europäizität Russlands durch den Westen, eine Aberkennung, die

sich später in der Phase der Ostblockbildung und der Stalinisierung der Länder Osteuropas auf Osteuropa übertrug. Die älteren historisch-kulturellen Differenzierungen, die sich z.B. in den verschiedenen Mitteleuropabegriffen oder in der Panslawismusdebatte geäußert hatten, soll man aber nicht dafür verantwortlich machen; das Osteuropa des Kalten Krieges steht keineswegs in der Logik einer auf das 19., das 18. Jahrhundert oder gar auf das Mittelalter rückführbaren historischen Entwicklung. Es war im Wesentlichen ein politisches Kunstprodukt. 2004 als Jahr der EU-Erweiterung ist in vielen Reden, die am 1. Mai 2004 gehalten wurden, als „Rückkehr nach Europa“ bezeichnet worden. Symbolisch betrachtet stimmt dies sogar. 2004 markiert die Unumkehrbarkeit der Teilhabe vieler – im geographischen Sinn – osteuropäischer Länder an jener europäischen Kommunikationsinfrastruktur, die Mittlergruppen benötigen, um ihre Mittlerfunktion erfolgreich auszuüben.

„Osteuropa“ als geschichtliche Kohärenz ist letztlich eine historische Episode, die, wenn man sie datieren möchte, von 1917 bis 2004 dauerte. Die Übertragung der Metapher vom Eisernen Vorhang auf die Grenz-Exklaven der EU an Nordafrikas Küste im Jahr 2005 besiegelt das Ende dieser Episode. Wie jedoch sind dann Russland und weitere Länder wie die Ukraine, Weißrussland, Moldavien etc., die – anders als die Balkanstaaten – derzeit keine direkte EU-Beitrittsperspektive besitzen, einzuordnen? (Die EU hat für Länder wie die Ukraine eine Status-Kategorie namens „privilegierte Partnerschaft“ in die Diskussion gebracht.) Kulturwissenschaftlich betrachtet stellt die Ukraine ebenso wie Russland einen kulturellen Gleit- und Mittlerraum dar, der aus der einen Richtung gesehen aus Europa hinausführt, aus der anderen Richtung gesehen hineinführt. Aus kulturwissenschaftlicher Sicht stellen auch noch eine Reihe anderer Länder solche Gleit- und Mittlerräume dar (ebenso Weißrussland wie Georgien, um nur zwei zu nennen). Wenn diese Länder ihre Position als kulturelle Mittler anerkennen, aktiv nutzen und ausbauen, wird sich im Lauf der nächsten Jahrzehnte eine charakteristische Geschichtslandschaft herausbilden, für die der Name „Osteuropa“ dann Sinn machen würde.